

Anlage 1

An die Bezirksregierung

Antrag auf Förderung einer Maßnahme gemäß der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen gemäß § 96 des Gesetzes über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundesvertriebenengesetz – BVFG) durch das Land Nordrhein-Westfalen vom 04.04.2017.

1 Bezeichnung Antragsteller oder Antragstellerin:			
Anschrift / Straße / PLZ / Ort:			
E-Mail-Adresse:			
Internet-Adresse:			
Telefon-Nr.:			
Telefax-Nr.:			
Name und <u>Funktion</u> der nach den gesetzlichen Bestimmungen/Statuten zur Vertretung berechtigten Person: (Für Vereine: Bei Änderungen gegenüber dem Vorjahr bitte eine Kopie des Auszugs aus dem Vereinsregister beifügen)			
Ansprechpartner oder Ansprechpartnerin (Name und Telefon-Nr.):			
Bankverbindung:		IBAN:	BIC:
		Bezeichnung der Bank:	
2 Höhe der beantragten Projektmittel:			Euro
3 Kurzbeschreibung der geplanten Maßnahme:			
Titel der Veranstaltung:			
Ort/e der Veranstaltung:			
Durchführungszeitraum:			
Erwartete Anzahl der Teilnehmenden:			
4 Es wird erklärt, dass mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird.			Bitte Begründung beifügen!
Antrag auf vorzeitigen Maßnahmenbeginn:			

5 Finanzierungsinplan für die geplante Maßnahme:	
5.1 Geplante Ausgaben:	in Euro
5.1.1 Personalausgaben Nr. 5.4.1 der Richtlinie	
5.1.2 Honorare (jeweilige Höchstbeträge beachten) für den Personenkreis nach	
Nr. 5.4.1.2.1 der Richtlinie (Referentinnen oder Referenten - einfacher Vortrag)	
Nr. 5.4.1.2.2 der Richtlinie (Referentinnen oder Referenten - Vortrag und Bericht mit aufwändigerer Vorbereitung)	
Nr. 5.4.1.2.3 der Richtlinie (Referentinnen oder Referenten - besonders qualifizierter Vortrag)	
Nr. 5.4.1.2.4 der Richtlinie (Leistungen von Dolmetscherinnen oder Dolmetschern)	
Nr. 5.4.1.2.5 der Richtlinie (Künstlerinnen oder Künstler, Künstlergruppen)	
Nr. 5.4.1.4 der Richtlinie (Laiengruppen)	
5.1.3 Reisekostenerstattungen für den Personenkreis nach Nr. 5.4.1.2 in Verbindung mit 5.4.1.2.6 der Richtlinie	
Nr. 5.4.1.2.1 der Richtlinie (Referentinnen oder Referenten)	
Nr. 5.4.1.2.2 der Richtlinie (Referentinnen oder Referenten)	
Nr. 5.4.1.2.3 der Richtlinie (Referentinnen oder Referenten)	
Nr. 5.4.1.2.4 der Richtlinie (Leistungen von Dolmetscherinnen oder Dolmetschern)	
Nr. 5.4.1.2.5 der Richtlinie (Künstlerinnen oder Künstler, Künstlergruppen)	
5.1.4 Fahrtkostenerstattungen für den Personenkreis nach Nr. 5.4.1.3 und 5.4.1.4 der Richtlinie	
Nr. 5.4.1.3 der Richtlinie (Teilnehmerinnen oder Teilnehmer)	
Nr. 5.4.1.4 der Richtlinie (Laiengruppen)	
5.1.5 Projektbezogene Sachausgaben Nr. 5.1.4.5 der Richtlinie (bitte gesonderte Aufstellung beifügen)	
5.1.6 Bürgerschaftliches Engagement Nr. 5.4.1.6 der Richtlinie (Ermittlung der zuwendungsfähigen Ausgaben siehe beigefügte Richtlinie zum bürgerschaftlichen Engagement)	
Geplante Gesamtausgaben für die Maßnahme:	

5.2 Geplante Einnahmen:	
	in Euro
5.2.1 Teilnahmebeiträge, Entgelte und Ähnliches Nr. 5.4.1.7 der Richtlinie (falls keine Beträge erhoben werden, bitte kurze Begründung beifügen)	
5.2.2 Bürgerschaftliches Engagement	
5.2.3 Verkaufseinnahmen aus Veröffentlichungen Nr. 5.4.1.8 der Richtlinie	
5.2.4 Leistungen Dritter (ohne öffentliche Förderungen)	
5.2.5 Beantragte beziehungsweise bewilligte öffentliche Förderungen (ohne Punkt 5.2.6)	
5.2.6 Beantragte Zuwendung des Landes NRW	
5.2.7 Eigenanteil	
Geplante Gesamteinnahmen für die Maßnahme:	

6 Begründung zur Notwendigkeit der Maßnahme (bitte auf gesondertem Blatt aufführen)

Beschreibung der Maßnahme, Begründung für die Notwendigkeit - gegebenenfalls unter Einbeziehung wissenschaftlicher Erkenntnisse, Ziel und Ablauf, Zielgruppe(n),

Formen der Zielgruppenansprache, Kooperationspartner

Bei Ausstellungen:

Zusätzlich ist dem Förderantrag eine aussagekräftige Ausstellungsbeschreibung beizufügen.

Bei grenzüberschreitenden Maßnahmen:

Darstellung, in welcher Weise Staatsangehörige oder Institutionen des Herkunftslandes/der Herkunftsländer in die Maßnahme eingebunden sind und wie dem Gedanken der Völkerverständigung Rechnung getragen wird.

7 Erklärung zum Antrag:

Es wird erklärt, dass die Angaben in diesem Antrag einschließlich Anlagen vollständig und richtig sind und

dass keine Berechtigung zum Vorsteuerabzug gemäß § 15 Umsatzsteuergesetz (UStG) besteht;

dass eine Berechtigung zum Vorsteuerabzug gemäß § 15 Umsatzsteuergesetz (UStG) besteht und diese bei den Ausgaben berücksichtigt wurde (Preise ohne Umsatzsteuer).

(Bitte den Namen leserlich erkennbar schreiben oder Zusatz in Druckbuchstaben in Klammern unter den Namen setzen)

(Datum)

(Unterschrift der vertretungsberechtigten Person)